

Sicherheit im 21. Jahrhundert

Konsequenzen für Streitkräfte postindustrieller Gesellschaften

Roland Kaestner

1. Einleitung

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist auch die Zeit einer – durch die Mechanismen des Kalten Krieges – eindeutig definierten Rolle der deutschen Streitkräfte im Rahmen des atlantischen Bündnisses zu Ende gegangen.

Die Prozesse der wirtschaftlichen Globalisierung, die für das Ende dieses Hegemonial- und Systemkonfliktes mit ursächlich sind, haben auch die Rahmenbedingungen der internationalen Weltordnung verändert. Sie schaffen lokal, regional und global neue Sicherheitsherausforderungen, von denen die westlichen Gesellschaften nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und gesellschaftlich betroffen sind. Diese Veränderungen haben auch tief greifende Folgen für die Streitkräfte postindustrieller Gesellschaften.

Das Bonmot, das Generale in aktuellen Kriegen immer die Schlachten der letzt vergangenen Kriege schlagen, deutet auf ein grundsätzliches Problem bei der Planung von Streitkräften hin: Wie plant und entwickelt man vor dem Hintergrund von langfristigen Planungsvorläufen die richtigen Streitkräfte für zukünftige Konflikte?

Die bisher übliche Methode, die Streitkräfte kontinuierlich an die aktuellen militärischen Konflikte anzupassen, enthält eine wesentliche Voraussetzung, dass sich die Form des Krieges nur langsam verändert und diese Veränderungen nicht die Erfolgsaussichten grundlegend verschlechtert.

Es gibt zwei wesentliche grundsätzliche Gründe, warum diese Annahmen heute nur noch bedingt richtig sein können. Der erste ist die Komplexität sowohl der Organisation postindustrieller Streitkräfte als auch des globalen Rahmens in dem sie sich bewähren müssen. Der zweite, damit verbundene Grund, ist die Geschwindigkeit und der Umfang des Wandels in dem wir uns befinden. Damit reichen herkömmliche Planungsansätze nicht mehr aus, sondern müssen durch neue ergänzt werden.

Die Einsatzerfahrungen westlicher Armeen der jüngsten Vergangenheit machen deutlich, wie wichtig es ist, in einem hochkomplexen und sich schnell wandelnden sicherheitspolitischen Umfeld frühzeitig über Hinweise auf das für Streitkräfte relevante Veränderungspotenzial zu verfügen. Neue Herausforderungen erzwingen möglicherweise die Entwicklung neuer Fähigkeiten und neuer operativer Konzepte; daraus ergeben sich Ableitungen zu Umfang, Rekrutierung und Ausbildung von Personal, Strukturen und angemessener Ausrüstung.

Die Bundeswehr ist daher gerade dabei ein Organisationselement „Strategischer Zukunftsanalyse“ zu entwickeln, welches ihr hinreichende Informationen liefert, um die erkannte Lücke zu schließen. Dieser Ansatz verfolgt daher das Ziel, die Bundeswehrplanung mit ihrem „bottom-up“-Ansatz durch einen „top-down“-Ansatz zu ergänzen, der die Zukunft jenseits des derzeitigen Planungshorizontes untersucht und dabei auf Risiken hinweist, aber auch Chancen aufzeigt.

Im Anschluss an die Vorlage der Studie Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologie im 21. Jahrhundert (SFT 21)¹ im Jahr 2002 wurde beschlossen ein Instrument der kontinuierlichen „Strategischen Zukunftsanalyse“ zu schaffen. Hintergrund waren, die in dieser Studie gewonnenen Erkenntnisse², dass aus methodischen, wie inhaltlichen Gründen, Zukunftsanalyse nicht mit gelegentlicher Studienarbeit abgedeckt werden kann, sondern Unwissenheit, Ungewissheit und Irrtumsverdacht einen laufenden Prozess der Überprüfung gewonnener Erkenntnisse und ihrer Fortentwicklung in eine offene Zukunft hinein erforderlich macht.

Daher ist es das Ziel der Folgestudie SFT 21, den mit der Studie SFT 21 begonnenen ständigen Prozess strategischer Zukunftsanalyse, methodisch und inhaltlich fortzusetzen und zu einem kontinuierlichen Instrument der Innovation der Konzeption der Bundeswehr (KdB) weiterzuentwickeln³.

Strategische Zukunftsanalyse macht wissenschaftliche Erkenntnisse für die Beratung von politischen, militärischen und rüstungswirtschaftlichen Entscheidungsträgern auf strategischer Ebene nutzbar. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Beratung zur Zielformulierung der KdB, um in diesem Rahmen zur Transformation der Streitkräfte beizutragen. Für diesen Artikel wurden die wesentlichen Erkenntnisse und ihre Methoden der Studie genutzt, um den Rahmen und den möglichen Wandel der Streitkräfte im 21. Jahrhundert aufzuzeigen.

2. Methodik

Die Strategische Zukunftsanalyse macht wissenschaftliche Erkenntnisse für die Beratung von politischen, militärischen und rüstungswirtschaftlichen Entscheidungsträgern nutzbar. Der Analyseprozess basiert auf der Nutzung wissenschaftlich anerkannter Methoden, ein Teil der Analyse beruht jedoch auch auf der Kreativität und Erfahrung der externen und internen Beteiligten der Studienprozesse.

Die Ergebnisse der strategischen Zukunftsanalyse sollen frühzeitig auf Handlungs- und Alternativpfade aufmerksam machen und damit Entscheidungsträgern Optionen der Zukunftsgestaltung in Bezug auf Streitkräftefähigkeiten eröffnen. Sie sollen keine Entscheidungen vorweg nehmen. Das Ziel, die langfristige Planung von Streitkräften zu verbessern, kann nur erreicht werden, wenn Streitkräfte als ein Produkt ihrer Rolle, die sie im internationalen Rahmen übernehmen sollen, und der dabei maßgebenden gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden. Daher muss die Analyse, die den Ergebnissen zu Grunde liegt, auch mehr als die Frage nach effizienten militärischen Optionen der Kriegführung umfassen. Die Grundannahme ist, dass Streitkräfte auch ein Spiegel ihres gesellschaftlichen Umfeldes sind.

Der wenig geläufige Begriff der „Strategischen Zukunftsanalyse“ führt zu der Frage, was wir über die Zukunft wissen können. Dabei wird in diesem Artikel davon ausgegangen,

¹ S. Zentrum für Analysen und Studien der Bundeswehr (Hrsg.), Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologie im 21. Jahrhundert (SFT 21) Teil I-IV, Waldbröl Sept 2002

² Vgl. dazu, ebenda, Teil I, Einleitung: Es wäre sinnvoll, in den Streitkräften und an wissenschaftlichen Einrichtungen im Bereich der politischen Wissenschaften, insbesondere im Segment "Internationale Beziehungen", strategische Zukunftsforschung als Disziplin zu etablieren und methodisch wie inhaltlich zu erschließen.

³ Vgl. ebenda, Teil I, S. I-2-31

dass niemand im Bereich der Sozialwissenschaften – im Gegensatz zu den Naturwissenschaften – in der Lage ist, über allgemeine Gesetze zukünftige Ereignisse vorherzusagen. In diesem Sinne sind empirische Trends, wie sie üblicherweise in den Sozialwissenschaften verwendet werden, auch kein Ersatz für allgemeine Gesetze. „Die Mängel soziologischer Prognosen ergeben sich hauptsächlich aus der Komplexität sozialer Ereignisse, aus ihrer gegenseitigen Verflechtung und aus dem qualitativen Charakter soziologischer Begriffe.“⁴ Aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen wird es niemals möglich sein, soziale Ereignisse mit der gleichen Präzision wie naturwissenschaftliche in der klassischen Physik vorherzusagen. Da wir Teil des sozialen Ereignisses sind und wir darüber hinaus mit der Prognose Einfluss auf zukünftige Ereignisse nehmen können, sind exakte und detaillierte wissenschaftliche Sozialprognosen unmöglich⁵. Die Zukunft ist offen, und alle beteiligten Akteure konstruieren Zukunft mit. Doch diese Zukunft wird von den Gesetzen, Rahmenbedingungen aber auch Möglichkeiten der kosmologischen, biologischen und zivilisatorischen Evolution bestimmt. Durch Ausdifferenzierung dieser Prozesse lassen sich zwar neue Entwicklungen denken, doch keiner dieser Prozesse kann gegen die Gesetze und Rahmenbedingungen der drei vorher genannten evolutionären Prozesse verstoßen. Dies lässt nur endlich viele Zukünfte zu, weil nicht Alles möglich ist. Betrachten wir sie als mögliche Zukünfte, so können wir Richtungen erkennen, können Handlungspfade aufzeichnen, können später sogar prüfen, warum bestimmte Entwicklungen entgegen unseren Erwartungen einen anderen Verlauf genommen haben.

Kollektives menschliches Handeln kann, so es sich stabil wiederholt, zu so genannten Trends zusammengefasst werden. Trends sind erkennbare Richtungen von Entwicklungen, die auf Grund der Analyse und der Erfahrung vergangener Ereignisse gewonnen werden und zeitlich fortdauern. Sie ermöglichen Aussagen über ein unbekanntes, unsicheres, zeitlich, räumlich und sachbezogen abgegrenztes Umfeld der Zukunft und beschreiben mögliche Ereignisräume und -strukturen. Mit Trends kann man daher die Komplexität der Welt auf einige wesentliche Züge reduzieren. Die Auswertung einer umfangreichen, mit sicherheitspolitischen Fragestellungen zusammenhängenden Literatur hat aber – und dieses ist dem Ziel einer Komplexitätsreduzierung zunächst zuwider gelaufen – eine große Zahl von Trends und Tendaussagen erbracht, die in ihrer Qualität und Quantität ungeordnet nebeneinander standen, die zu strukturieren und zu hierarchisieren waren, um sie sowohl für die zu gewinnenden Folgerungen als auch für die Wechselwirkungen zwischen den Tendaussagen nutzbar zu machen.

Ein Erklärungsmuster, mit dem man diese Trendfelder verbinden kann, ist der bereits erwähnte Zivilisationsprozess. Was unter Zivilisationsprozess zu verstehen ist, füllt Bibliotheken und geht bis auf Adam Smith und Immanuel Kant zurück. Im Folgenden wird der Beschreibung des Phänomens durch Norbert Elias in seinem Werk „Über den Prozess der Zivilisation“⁶ gefolgt. Danach definiert er diesen als die „Pläne und Handlungen, emotionale und rationale Regungen der einzelnen Menschen, die beständig freundlich oder feindlich ineinander greifen. Die fundamentale Verflechtung der einzelnen, menschlichen Pläne und Handlungen kann Wandlungen und Gestaltungen herbeiführen, die kein einzelner Mensch geplant oder geschaffen hat. Aus ihr, der Interdependenz der Menschen, ergibt sich eine Ordnung von ganz spezifischer Art, eine Ordnung, die zwingender und stärker ist als Wille und Vernunft der einzelnen Menschen,

⁴ Vgl. Popper, Karl R., Das Elend des Historizismus, Tübingen 1979, S. 30

⁵ Ebenda, S.11

⁶ Elias, Norbert, Über den Prozess der Zivilisation, Bd. 1 + 2, Frankfurt am Main 1991

die sie bilden.“⁷ Dieser Prozess der Zivilisation verändert das Verhalten und Empfinden der Menschen in einer spezifischen Richtung.

In diesem Sinne untersucht das Instrumentarium der Strategischen Zukunftsanalyse ein breites Spektrum von Trends im Hinblick auf ihre Sicherheits- und Streitkräfterelevanz, die der wissenschaftlichen Forschung aus sehr unterschiedlichen Disziplinen und Bereichen ihrer Umsetzung entnommen wurden. Mit dem Modell „Zivilisatorische Entwicklung“⁸ werden diese Trends gewichtet und in Trendfeldern⁹ strukturiert. Hier wird einer Einteilung in sieben Trendfeldern gefolgt, unter denen alle Trends und Trendaussagen zusammengefasst werden konnten. Diese sieben Trendfelder sind:

1. Demographische Entwicklung,
2. Ressourcen- und Umweltentwicklung,
3. Wissenschafts- und Technologieentwicklung,
4. Kulturelle Entwicklung,
5. Gesellschaftliche Entwicklung,
6. Wirtschaftliche Entwicklung sowie
7. Politische Entwicklung.

Sie münden in einer Analyse wie sich einzelne aber auch ein Wirkungsgeflecht dieser Trends auf das zukünftige Kriegsbild auswirken.

Die in der Trendanalyse gewonnenen Resultate werden in sicherheitspolitische Szenarios übersetzt und beschreiben ein fiktives sicherheitsrelevantes Umfeld der Zukunft mit dem Zeithorizont jenseits der Bundeswehrplanung (ca. 15 Jahre). Einige der Trends haben Langzeitcharakter (z.B. demographische Trends); abrupte Veränderungen sind hier weniger zu erwarten. Andere haben möglicherweise eine kürzere Reichweite und können relativ schnell umschlagen, wenn neue Trends hinzutreten. Letzteres gilt vor allem für komplexe Trends (z.B. Globalisierung), deren Bewertung dadurch erschwert wird. Darüber hinaus liegen bisher nur wenige Erkenntnisse über die Zusammenhänge und Wechselwirkungen der verschiedenen Trends vor. Diese Defizite können nur mittels längerfristig angelegter, empirischer Untersuchungen beseitigt werden. Die permanente Beobachtung komplexer trendbestimmender Faktoren und ihrer Auswirkungen, die eine bestimmte Entwicklung kennzeichnen, schafft hierfür wichtige Voraussetzungen. Daher muss strategische Zukunftsanalyse auch einen kontinuierlichen Prozesscharakter haben.

Rechtzeitige politische Entscheidungen über die Entwicklung von Streitkräften erfordern die Verbesserung der Kommunikation zwischen den sicherheitspolitischen Eliten und den tragenden Schichten der Bevölkerung. Hierzu kann eine politisch angeregte, wissenschaftlich gestützte und gesellschaftlich getragene Diskussion zu Fragen der Zukunft beitragen. Sie bildet die Basis dafür, Verständnis für eigene politische Zielsetzungen im Zuge bilateraler wie internationaler wissenschaftlicher Diskurse zu wecken. Ein eigenständiger Beitrag zur bisher vornehmlich angelsächsisch geprägten internationalen Debatte könnte darüber hinaus den eigenen Einfluss stärken, insbesondere bei wichtigen Partnern und internationalen Organisationen.¹⁰ Global agierende

⁷ Ebenda, S. 314

⁸ Vgl. SFT 21, a.a.O., Studienanteil III, Kap 1.3.3 und Kap. 1.3.4

⁹ Vgl. ebenda, Studienanteil III, Kap. 2 und Kap. 2.1 ff.

¹⁰ Im angelsächsischen Raum werden die Instrumente der Zukunftsforschung schon seit Jahren für die Politikberatung genutzt. In Deutschland sind es in erster Linie die Industrie und Wirtschaft, die sich dieser Methoden bedienen. Unter dem Aspekt der Sicherheits- und Streitkräfterelevanz steht diese Disziplin dagegen noch an ihren Anfängen. Dies erklärt, warum nicht auf alle Fragen der Leistungsbeschreibung und des

Wirtschaftsunternehmen stehen diesen Verfahrensweisen im übrigen aufgeschlossen gegenüber, denn sie erkennen immer deutlicher, in welchem hohem Maß der Erfolg ihrer Geschäftstätigkeit von einem gewaltfreien und das Recht sichernden Umfeld abhängt.

Strategische Zukunftsanalyse zeigt Handlungspfade für die langfristige Planung der Bundeswehr auf. Die Planungsinhalte, um die es dabei geht, hängen im Wesentlichen davon ab, welche Herausforderungen wahrgenommen werden und welche Reaktionsmuster ihnen entgegengesetzt werden sollen bzw. müssen. Diese Bedingungsfelder generieren die politischen Ziele, zu deren Erfüllung Streitkräfte im Zusammenwirken mit anders gearteten sicherheitspolitischen Instrumenten beitragen sollen. Weiter spielt eine große Rolle, gegen welche Akteure man das militärische Instrumentarium einsetzt und welche Mittel, Strategien und taktisch-operative Verfahren diese ihrerseits zur Anwendung bringen können.

Die militärischen Fähigkeiten dieser Akteure hängen zum einen von materiellen Faktoren ab, in denen im Wesentlichen das jeweilige wirtschaftliche und technologische Leistungsvermögen zum Ausdruck kommt. Hinreichende ökonomische Potenz wird dabei Defizite im Bereich der Hochtechnologien bis zu einem gewissen Grad ausgleichen können; denn sie eröffnet Möglichkeiten des proliferationsbedingten Zugangs zu sonst nicht erhältlichen Ressourcen. Die jeweiligen militärischen Dispositive lassen sich, wenn die richtigen Investitionen getätigt werden, zumindest in Teilbereichen erheblich aufwerten.

Zum anderen werden die Fähigkeiten dieser Akteure von funktionalen Faktoren bestimmt, die sich aus dem jeweils vorherrschenden sozio-ökonomischen und kulturellen Hintergrund ableiten. Diese Zuordnungsmerkmale sind u.a. repräsentativ für den Zeitgeist, den die erreichte gesellschaftliche Entwicklungsstufe hervorbringt. Die Art, Kriege zu führen, ist im Einzelnen an den meist regional-typischen kulturellen, ökonomischen und politischen Merkmalen einer Gesellschaft orientiert, im Wesentlichen also daran, wie diese sich vorstellt, mit Erfolg im Kampf zu bestehen. Dabei wird häufig das adaptiert, was in den laufenden Auseinandersetzungen – traditionellen Beispielen folgend – als optimale Variante angesehen wird.

3. Sicherheits- und streitkräfterelevantes Veränderungspotenzial

Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist eingebunden in die transatlantischen und europäischen Prozesse und Strukturen. Damit sind trotz gewisser prozesshafter Veränderungen der Bedingungsfaktoren weitgehend stabile Zuordnungen gegeben. Berücksichtigt werden muss dabei jedoch die sich weiter abzeichnende Dynamik des internationalen Systems, die in Anbetracht des Vorhersagezeitraums von 30 Jahren schwer zu beurteilende Auswirkungen auf diese Anbindung haben könnte. Die Analysen haben ergeben, dass es gute Gründe gibt, an den etablierten Zuordnungen festzuhalten.

Diese Zuordnungen können trotz der durch den Irak-Krieg 2003 verursachten Irritationen in der NATO und der Europäischen Union (EU), insbesondere in Bezug auf die ESVP als gültig angesehen werden. Allerdings muss die Entwicklung der NATO in Bezug auf die gewünschte Kohäsion angesichts kritischer Entwicklungen betrachtet und deren

Auswirkungen auch auf die Vertiefung und Erweiterung der EU sowie deren sicherheitspolitischer Aktivitäten analysiert werden. Sollten die Entwicklungen mittel- bis langfristig zur Auflösung der NATO führen, hätte dies weitreichende Konsequenzen für die deutsche Streitkräfteplanung insbesondere vor dem möglichen Hintergrund einer sich nicht realisierenden ESVP. Damit würde die Frage nach dem Bezugsrahmen deutscher Streitkräfteplanung aufgeworfen.

Die Aufrechterhaltung sowohl der europäischen als auch der transatlantischen Einbindung wird weiterhin dem vorrangigen deutschen Interesse entsprechen. Fortbestehen werden deshalb auch die diesen Zuordnungsrahmen betreffenden Grundmerkmale der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands, was aber nicht bedeutet, dass keinerlei Sachzwänge für Anpassungen bestünden und diesen nicht nachgekommen werden müsste. Hinzu kommt, dass kaum brauchbare Alternativen zur Einbindung in Bündnisstrukturen bestehen. Deutschland ist auf kooperative und integrative Politik angewiesen, da es seine Sicherheitsinteressen nicht rein national wahrnehmen kann.

Für die geographische Zuordnung der Interessen Deutschlands spielen die weit ausgreifenden Wirtschaftsbeziehungen eine wesentliche Rolle. Sie werden zum einen bestimmt von den bevorzugten Absatzmärkten in der nördlichen Hemisphäre (mit Europa und Nordamerika als Schwerpunkten, also vor allem dem atlantischen Raum), zum anderen von den meist an der südlichen Peripherie liegenden Gebieten, in denen sich die wichtigsten Energie- und Rohstoffressourcen befinden (vgl. die große Bedeutung mancher Gebiete des Konfliktbogens in diesem Zusammenhang¹¹). Die globalisierungsbedingte Erweiterung des Aktionsraums erhöht die Abhängigkeit von anderen Gesellschaften und von weltweit agierenden staatlichen wie auch nicht-staatlichen Akteuren. Wichtig ist jedoch vor allem die dadurch bewirkte Vermehrung der „Krisen- und Konfliktkontakte“, wobei die von den potenziellen Gegenspielern ausgehenden Formen der Gewaltanwendung zur wachsenden Verwundbarkeit Deutschlands als hochentwickeltem Industriestaat in Bezug gesetzt werden müssen.

Die Bedeutung der asiatischen Märkte für das Wachstum der fortgeschrittenen postindustriellen Staaten sowie deren Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffreserven dürfte zu einer deutlichen Neuorientierung mit Auswirkungen auf die Sicherheitsinteressen dieser Staaten führen; dies betrifft insbesondere auch die Europäische Union. Diese Neuorientierung bezieht sich sowohl auf geographische Zuordnungen als auch auf Beziehungen, die auf neu entstehende Abhängigkeiten zurückgehen. Diese Entwicklungen können der Anlass zu einer bündnispolitischen Neuorientierung sein oder aber zu einer geographischen und inhaltlichen Erweiterung der alten Bündnis- und Organisationsstrukturen führen. Für die EU und die an der ESVP beteiligten Nationalstaaten bedeutet dies in jedem Falle eine Öffnung ihrer bisher eher Europa zentrierten Sicherheitspolitik.

Was für Deutschland gilt, trifft auch für andere europäische Staaten zu. Keiner von ihnen wird künftig noch in der Lage sein, den vielfältigen Herausforderungen allein auf sich gestellt zu begegnen. In einem umfassenden Sinn kann Sicherheitsvorsorge heute nicht einmal mehr regional betrieben werden; notwendig ist vielmehr ein überregionaler, sogar globaler Aktionsrahmen, der entsprechend ausgefüllt werden muss. Die europäischen Nationalstaaten können – solange sie darauf nicht vorbereitet sind – zumindest als militärische Sicherheitsakteure kaum mehr eine eigenständige Rolle spielen. Um zu

¹¹ Konfliktbogen ist der Raum Zentralasien, Naher und Mittlerer Osten sowie Nordafrika. Dort befinden sich ca. 50 Prozent der auf Öl und Gas gestützten Energieressourcen der Welt.

verhindern, dass ihr Gewicht in der Weltpolitik diesbezüglich zu gering wird, müssen sie daher starke Partner finden bzw. alternativ oder in Ergänzung dazu eine global handlungsfähige Gestaltungsmacht im Rahmen der europäischen Integration entwickeln.

Auch wenn die derzeitige internationale Weltordnung – mit den USA als einziger global agierender Macht an der Spitze – als relativ stabil gelten kann, muss dies keinesfalls ein dauerhafter Zustand bleiben¹².

Um solchen Eventualitäten zu begegnen, wird empfohlen, eine stabile internationale Ordnung auf der Grundlage kooperativer Multipolarität anzustreben. Die Schaffung einer solchen Ordnung erfordert die schrittweise Beteiligung der längerfristig dafür prädestinierten großen Machtzentren. Als nützlich könnte sich dabei die immer stärkere Vernetzung der nationalen Wirtschaftssysteme erweisen. Gemeinsame Wirtschaftsinteressen, die daraus resultieren, könnten für wichtige ordnungspolitische Impulse sorgen, die das Entstehen neuer Machtstrukturen gewissermaßen abstützen. Das Potenzial, diese Entwicklung mitzutragen, werden in den nächsten 30 Jahren die USA und die Europäische Union, vor allem aber auch Russland, China und Indien haben.¹³

Voraussetzung für das Entstehen und Wirksamwerden einer solchen Struktur ist allerdings, dass künftig nicht nur die USA, sondern auch andere Mächte, darunter insbesondere Europa, mehr Bereitschaft zeigen, globale Verantwortung zu übernehmen und in diesem Sinne konkret zu handeln. Erforderlich sind vor allem größere Anstrengungen der vergleichsweise insgesamt wohlhabenden Europäer. Erst wenn man selbst unter Beweis gestellt hat, dass Bereitschaft besteht, die Entwicklung in anderen Regionen voranzubringen, kann auch von Staaten wie Russland, China oder Indien diesbezüglich mehr erwartet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass deren Aufstieg zu modernen, überregionalen Gestaltungsmächten noch stark vom Verlauf ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen abhängt.

Vielleicht hält Europa mit seinem Verhalten sogar den Schlüssel für das Zustandekommen einer kooperativen Weltordnung in den Händen. Dazu gehört auch ein besseres „burden sharing“, um nach Möglichkeit einer zu starken Belastung der USA entgegenzuwirken. Manche Beobachter gehen sogar davon aus, dass ein Rückzug der Amerikaner drohen könnte, wenn solche Schritte nicht oder nur unzureichend unternommen werden. Dies ist zwar, betrachtet man die realen Machtinteressen, auch längerfristig kaum wahrscheinlich, jedoch ist eine stärkere Fokussierung des amerikanischen Engagements auf wenige, vorrangig die eigene Sicherheit betreffende Bereiche nicht auszuschließen, was – im Unterschied zu heute – eine wachsende, tendenziell globale Abstinenz der USA zur Folge haben würde.

Eine Entwicklung, die die heute bestehenden Möglichkeiten der Konflikteindämmung eher noch einschränkt, dürfte letztlich den Interessen aller Staaten zuwiderlaufen, denn jeder von ihnen wäre – wenn auch vielleicht auf unterschiedliche Weise – mit den Folgen des klassischen Sicherheitsdilemmas¹⁴ konfrontiert: Wenn die wohlhabenderen Nationen nicht oder nur ungenügend zur Multilateralisierung der Sicherheitsvorsorge beitragen,

¹² Weitere Einsichten in diese Zusammenhänge vermitteln z.B. die analytischen Betrachtungen von Paul Kennedy. Vgl. Kennedy, Paul, Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt 1989

¹³ Vgl. SFT 21, a.a.O., Studienanteil III, Kap. 3.1.1

¹⁴ Vgl. Krell, G., Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2000

müssten nicht nur sie, sondern eine wachsende Zahl anderer staatlicher Akteure immer mehr Mittel für die eigene Risikominimierung aufwenden – wobei zumindest zweifelhaft ist, ob in gleichem Maß faktische Zugewinne an Sicherheit entstehen und entsprechend umgesetzt werden könnten. Das wäre vor allem dann der Fall, wenn aufgrund anderer Prioritätensetzung eine Vernachlässigung von Aufgabenbereichen droht, deren Wahrnehmung aller Voraussicht nach Möglichkeiten der Krisenprävention eröffnet. Dringend geboten ist beispielsweise der ungeschmälerete Ressourceneinsatz für die Herstellung, Konsolidierung und Sicherstellung besserer Lebensbedingungen in potenziellen Krisengebieten. Abstriche davon, etwa aufgrund eines Mittelentzugs zugunsten der eigenen Risikovorsorge, könnten dort – und vielleicht nicht nur dort – die Konfliktbereitschaft erheblich anwachsen lassen. Dabei ist dann nicht unwahrscheinlich, dass gerade das Gegenteil von dem erreicht wird, was ursprünglich beabsichtigt war. Es ist nicht auszuschließen, dass Maßnahmen wie diese in manchen Regionen die potenziell sicherheitsrelevanten Probleme und Risiken, denen man begegnen wollte, noch weiter vergrößern; das könnte bedeuten, dass Veranlassung besteht, den Aufwand für Gegenmaßnahmen wiederum zu erhöhen – ohne die Gewissheit zu haben, ob man im Endergebnis nicht doch nur die Herausforderungen vermehrt bzw. vergrößert.

Neben diesem klassischen Sicherheitsdilemma, das die Staatenwelt herausfordert, verändern sich in der Tat auch die Aufgabenprofile. Während in den vergangenen zweihundert Jahren zentrale Zielsetzung der internationalen Ordnung die Einhegung zwischenstaatlicher Kriege und die Kontrolle der Rolle des Militärs innerhalb der Staaten war – und damit der staatliche Sicherheitsakteur im Mittelpunkt stand –, zeichnet sich heute eine Zukunft ab, in der diese Art der Zuordnung keinesfalls mehr ausreicht, da nicht-staatliche Akteure zunehmend das Geschehen nachhaltig beeinflussen. Diese Akteure erschließen sich in wachsendem Umfang Formen der organisierten Gewaltanwendung. Dabei ist einzukalkulieren, dass sie von ihren Möglichkeiten Gebrauch machen, ohne ethische Normen, völkerrechtlich verbindliche Verträge oder andere international akzeptierte Verhaltensregelungen zu berücksichtigen. Das Hervortreten des nicht-staatlichen Sicherheitsakteurs in seinen vielfältigen, zum Teil diffusen Varianten sprengt ganz offensichtlich die vom Nationenbegriff geprägten, klassischen Akteurmuster und die daraus resultierenden Zuordnungen.

Bezeichnend für diese Veränderungen ist auch, dass sich das staatliche Gewaltmonopol in bestimmten Regionen auflöst oder es gar nicht erst entsteht. Man stellt eine Entstaatlichung, Ökonomisierung und Ideologisierung des Krieges fest, die am ehesten mit den Verhältnissen im Europa des frühen Mittelalters vergleichbar sind. Obwohl die Erde formal unter ca. zweihundert Staaten aufgeteilt ist, scheint diese Staatenwelt an vielen Orten des Globus zur Fiktion zu werden.

Die dort vorherrschende Anarchie muss indes sehr ernst genommen werden, denn sie bringt innerstaatlich wie auch zwischenstaatlich eine Regellosigkeit hervor, die auch die internationale Ordnung gefährdet. Nach Untersuchungen der Weltbank¹⁵ benutzt ein großer Teil der nicht-staatlichen Akteure Mittel der organisierten Gewalt (Krieg) zur Durchsetzung ihrer überwiegend auf eigene Bereicherung ausgerichteten Machtinteressen, wobei auch ihre Klientel davon profitiert. Ziel ist dabei in aller Regel die Vereinnahmung aller ökonomisch relevanten Ressourcen in den von ihnen beherrschten Territorien, was sich meist auch in einer Ausbeutung der Bevölkerung niederschlägt. Hinzukommen kann das „Abschöpfen“ internationaler Hilfe, nicht selten in Verbindung mit weltweit

¹⁵ Vgl. Collier, P., *Economic Causes of Civil Conflict and Their Implications for Policy*, Hrsg.: Weltbank, Washington D.C. 1998

operierenden kriminellen Organisationen. Diese Aktivitäten reichen bis tief in die Volkswirtschaften der OECD-Welt hinein; sie fördern dort Korruption und organisiertes Verbrechen und schwächen so nicht zuletzt auch die innere Sicherheit der betroffenen Staaten.

Die diversen Anwendungsformen von Gewalt, die diese Akteure zur Wirkung bringen können, sind zum Teil mit Kriegshandlungen gleichzusetzen. Diese richten sich jedoch nicht mehr nur gegen die traditionellen Elemente staatlicher Machtausübung – wie etwa die Potenziale, mit denen Staaten Kriege führen. Zunehmend rücken vielmehr auch andere wesentliche Bestandteile geordneter staatlicher Existenz in den Blickpunkt möglicher illegaler Aktionen, wodurch der Fortbestand einer Gesellschaft insgesamt in Frage gestellt sein könnte.

Angesprochen werden müssen in diesem Zusammenhang nicht nur die Bedrohungen, die von Akteuren ausgehen, die Zugang zu Massenvernichtungswaffen, speziell zu relativ billigen biologischen Wirkmitteln haben. Hinzu kommen vor allem die von terroristischen Aktivitäten ausgehenden vielfältigen Gefährdungen. Diese Kampfarten sind geeignet, unmittelbar in die Gesellschaft einzudringen und deren existenzielle Grundlagen in fundamentaler Form zu bedrohen. Die steigende Verwundbarkeit der komplexen Ressourcen und Strukturen post-industrieller Gesellschaften, in denen ungestörte funktionale Vernetzungen für das alltägliche Überleben des Einzelnen mitentscheidend sind, bieten wichtige Angriffspunkte für asymmetrisches kriegsähnliches Handeln staatlicher und nicht-staatlicher Akteure. Die Sicherung der Grundbedürfnisse – Nahrungsmittel-, Wasser- und Energieversorgung –, aber auch die Gewährleistung von Informationssicherheit und ungestörter Nutzung der Informationsinfrastruktur werden unter diesen Prämissen zu prioritären Zielsetzungen.

Die beschriebenen Erscheinungsformen gewaltsamer Aktivitäten sind den Aktionsmustern der „kleinen Kriege“¹⁶ zuzuordnen. Es handelt sich dabei um Kampfformen, die die äußere und innere Sicherheit von Staaten gleichermaßen herausfordern. Zum einen können Akteure fast von jedem Ort der Welt aus in Staaten hineinagieren, wodurch Risiken entstehen, denen mit rein defensiven Mitteln und Verfahren kaum beizukommen ist. Zum anderen wird die Zuordnung dieser Aktivitäten zunehmend schwieriger werden. Das betrifft vor allem die Grenzziehung zwischen kriminellen Handlungen und Kriegshandlungen, denen ein Staat innerhalb seiner Grenzen ausgesetzt sein kann. Vorwarnzeiten gibt es bei dieser Art von Kriegen („kleine Kriege“) nicht. Es ist sozusagen das Hobbes'sche Bedrohungsszenario der „generalisierten Unsicherheit“¹⁷ oder auch das der permanenten Bedrohung, das hier maßgebend wird. So wie die europäischen Staaten in den letzten 300 Jahren in ihrer Entwicklung auf Recht und Gesetz, gemeinsame Werte und Legitimation, sozialen Ausgleich und politische Teilhabe, aber auch Monopolisierung der Gewalt beim Staat als die Kernelemente der Zivilisierung der nationalen Gesellschaften setzten, sollte die vielleicht entstehende globale Weltordnung auf vergleichbaren Prinzipien beruhen. Damit könnte sowohl die strukturelle als auch die ereignisorientierte Prävention zu wichtigen Instrumenten zukünftiger Sicherheitspolitik werden.

¹⁶ Vgl. SFT 21, a.a.O., Studienanteil III, Kap. 2 und Kap. 3

¹⁷ Vgl. Messner, Dirk, Entwicklungspolitik in der Weltinnenpolitik, Vortragsmanuskript für „40 Jahre deutsche Entwicklungspolitik - Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert. Strukturpolitik für eine kooperative Welt“. Eine Veranstaltung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) und des Entwicklungspolitischen Forums der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, Bonn 23. Oktober 2001 www.uni-duisburg.de/Institute/INEF/Intra/debate_messner_6.htm

4. Folgerungen für eine Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert

Wie schon seit längerem äußere Sicherheit nicht mehr allein durch die Nationalstaaten zu gewährleisten ist, wird in Zukunft zunehmend auch die innere Sicherheit nur noch durch gemeinsame und koordinierte Maßnahmen der Staaten und mit Hilfe internationaler Organisationen aufrechtzuerhalten sein. Daraus ergeben sich neue und unumgängliche Aspekte zukünftiger Sicherheitspolitik. Neben der Erhaltung der bisherigen Staatenwelt und der Verhinderung zwischenstaatlicher Kriege, die die internationale Sicherheit gefährden, wird künftig auch die Begrenzung und Einhegung der „kleinen Kriege“ entscheidende Bedeutung erlangen. Dies erfordert eine Sicherheitspolitik, die berücksichtigt, dass sie es nicht nur mit einer mehr oder weniger gut funktionierenden Staatenwelt zu tun hat, sondern auch mit nicht-staatlichen Akteuren, die sich organisierter Gewalt bedienen und damit die äußere Sicherheit im nationalen wie internationalen Rahmen, aber auch die innere Sicherheit gefährden können. Sie nutzen Territorien, in denen sie keine Sanktionen zu erwarten haben, weil dort keine handlungsfähige Staatsmacht existiert, die fähig ist, Frieden durchzusetzen. Diese nicht-staatlichen Akteure in eine gewaltmindernde und die Sicherheit stärkende Weltordnung einzubinden, dürfte für die nächsten Jahrzehnte einer der Schwerpunkte der Politik der internationalen Staatenwelt werden. Daraus erwächst die Notwendigkeit, die Sicherheitspolitik an diese Entwicklungen anzupassen und das Bewusstsein in den Gesellschaften dafür zu wecken, dass nationale und regionale Sicherheitsstrukturen weder in Bezug auf die innere noch auf die äußere Sicherheit ausreichend vor globalen Herausforderungen schützen. Sicherheitspolitik muss daher als globale Gestaltungsaufgabe der Staatenwelt verstanden werden. Im 21. Jahrhundert werden die wesentlichen Elemente dieser Gestaltungsaufgabe sein: Weiterentwicklung der existierenden Ansätze kollektiver Sicherheit, Stärkung des Gewaltmonopols der Staaten, Stärkung der zivilisatorischen Kräfte (good governance) und Einhegung des Phänomens der „kleinen Kriege“¹⁸.

Aus dem bisher Dargestellten wird deutlich, dass der Prävention in jeder Hinsicht eine herausragende Bedeutung zukommt. Das Schadensausmaß möglicher zukünftiger gewaltsamer Konfliktaustragung und deren mögliche Folgewirkungen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen sowie ihre zeitliche Dimension ohne ausreichende Vorwarnzeit und mit lang anhaltenden Auswirkungen lassen ein Abwarten des Schadenseintritts nur noch in Fällen von geringer Nachhaltigkeit zu. In Fällen mit weitreichenden Auswirkungen (z.B. Großschadensereignisse mit erheblichen Folgen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen) muss die Verhinderung des Ereignisses Priorität haben. Darüber hinaus wird eine Politik, die Gewaltprävention betreibt, wirtschaftliche Entwicklung fördern und auf diesem Wege Terrorismus und gewaltförmige Konflikte eindämmen. Die Gewaltprävention ist die zivilisatorische Herausforderung der Moderne. Der Mangel an großen, für jedermann erkennbaren Bedrohungen führt allerdings zu einer zunehmenden Entsolidarisierung. Dies lässt sich sowohl an den sinkenden Investitionen der Staatenwelt in die Entwicklungspolitik als auch an einer mangelnden Bereitschaft der Staaten ablesen, einen ihren wirtschaftlichen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag zur internationalen Sicherheit zu leisten.

¹⁸ D.h. Entwicklung von Konzepten für den „kleinen Krieg“ und seine Einhegung, Rüstungskontrolle im Zeitalter des „kleinen Krieges“, „kleiner Krieg“ und Wirtschaft sowie „kleiner Krieg“ und Völkerrecht

Die Europäische Union zu einem global agierenden Pol einer multipolaren Weltordnung zu machen, der zur zivilisatorischen Entwicklung¹⁹ dieser Welt beiträgt, entspricht den grundsätzlich in der Studie erkannten Herausforderungen der Zukunft. Es empfiehlt sich daher, in Zukunft deutsche Streitkräfte planerisch konsequent an den Aufgaben zukünftiger europäischer Streitkräfte auszurichten. Konzeptionell sollten sie in eine europäische Sicherheitspolitik mit folgenden Zielen eingebunden werden:

- ◆ Einrichten einer transatlantisch-asiatischen Sicherheitszone,
- ◆ gemeinsame Anstrengungen der Staatenwelt in Zonen, die die internationale Sicherheit gefährden,
- ◆ Beiträge zur internationalen Sicherheit (VN),
- ◆ konzertierte Entwicklungspolitik,
- ◆ Aufbau internationaler und regionaler Strukturen zur Bewältigung transnationaler Probleme.

Die Aufgaben zukünftiger Streitkräfte in der Europäischen Union lassen sich wie folgt beschreiben:

Sie müssen in der Lage sein,

- ◆ eigenständig zwischenstaatliche Kriege in Europa und angrenzenden Räumen verhindern bzw. unterbinden zu können,
- ◆ eigenständig in diesem Raum „kleine Kriege“ begrenzen bzw. kontrollieren zu können,
- ◆ zur globalen Kontrolle von Massenvernichtungsmitteln beizutragen,
- ◆ global zu den Fähigkeiten der USA und anderer Staaten beizutragen, die an einer gemeinsamen Weltordnung im obigen Sinne der Verhinderung und Begrenzung militärisch organisierter Gewalt interessiert sind.

Die beschriebenen Veränderungen werden nicht nur die Sicherheitspolitik der westlichen Staatenwelt verändern, sondern sie müssen auch unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit betrachtet werden.

5. Konsequenzen für Streitkräfte postindustrieller Gesellschaften

Welche Konsequenzen sind aus diesen Veränderungen des sicherheitsrelevanten Umfeldes für Streitkräfte abzuleiten?

Das Militär der zivilisierten Staaten wird als Teil einer umfassenden politischen Strategie zur Erhaltung und Stabilisierung einer wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch dynamischen Weltordnung beitragen müssen. Dazu gehört:

- erstens die Fähigkeit zur Aufrechterhaltung einer Weltordnung, die zivilisatorische Entwicklung erlaubt und
- zweitens die Fähigkeit zur Intervention gegen gewaltsame Konfliktbewältigungen, wenn sie die internationale Sicherheit gefährden.

Konzeptionell muss man sich einstellen auf:

¹⁹ Vgl. Scharping, Rudolf, Rede anlässlich der Veranstaltungsreihe „Berliner Dialog – Internationale Sicherheit“, Berlin 23. April 2002, „Europa in einer sich wandelnden Weltordnung“; siehe vor allem die Thesen 1 *Europa ist ein zivilisatorisches Modell für die Welt* und 2 *Europa hat eine globale Verantwortung, weil es globale Interessen hat.*, S. 4 und 6

Neue Konfliktakteure

Die Zahl der Akteure, die mit organisierter Gewalt häufig unter partieller Verwendung modernster Technik auftreten werden, wird in Zahl und in unterschiedlicher Bandbreite, von organisierten Verbrecherbanden, internationalen Drogenringen, Guerillakämpfern, internationale Terroristenorganisationen, Industrie- und Wirtschaftsunternehmen über Sicherheitsunternehmen (Kriegsunternehmer) zunehmen. Dies führt auch zu neuen Formen des Krieges.

Neue Konfliktformen

Zu den neue Formen der Konfliktaustragung gehören sowohl die technisch neuen Möglichkeiten herkömmliche Kriege zu führen und damit abzuschrecken, als auch auf asymmetrische Formen des entsprechend zu reagieren, und im Idealfall diese ebenfalls zu verhindern.

Die neuen „Kleinen Kriege“ bewegen sich häufig in der Grauzone zwischen Krieg und Frieden. Die Akteure nutzen Gewalt im Schutz ziviler Einrichtungen und Menschengruppen, um den Gegner zu einem undifferenzierten Gegenschlag zu verleiten. Opfer auf der zivilen Seite werden dann als Instrumente in einer medienwirksamen Auseinandersetzung um Legitimität für die eigenen Gewaltanwendung und Politik und der Delegitimierung des Gegners und seiner politischen Ziele verwendet.²⁰ Dieser Aspekt des Informationskrieges ist angesichts des weltweiten Zugangs zu Informationen selbst wieder eine moderne Form der militärischen Auseinandersetzung.

Geschwindigkeit technologischer Innovation

Die technischen Mittel mit denen Krieg geführt wird, können das ganze moderne Potenzial umfassen, genauso wie sehr traditionelle Mittel. Außer den großen Staaten wird niemand über alle militärischen Mittel der Zukunft verfügen. Die Gründe liegen zum einen in den enormen Kosten, die solche Apparate verursachen, zum anderen in dem Zugang zu modernster Technologie über die nur die großen Staaten aufgrund ihrer Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen verfügen können. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass auch modernste High-Tech-Produkte von kleinen Staaten beziehungsweise nicht-staatlichen Akteuren, insbesondere wenn sie über erhebliche finanzielle Mittel verfügen, schnell nach ihrer Entwicklung eingesetzt werden könnten. Das technische Know-how wird über das Internet verfügbar gemacht. Hier finden sich von der Bauanleitung für Atombomben bis zu Biowaffen praktisch alles. Der Vorteil nicht-staatlicher Akteure alle zugänglichen Technologien in Teilen für ihre Zwecke schnell zu nutzen, wird die Militärs und die Kräfte der inneren Sicherheit dazu zwingen, ihre Fähigkeiten schnell zu modernisieren. Dies könnte zu einem neuartigen qualitativen Rüstungswettlauf führen.

Neue Aufgaben

Es wird deutlich, dass die Streitkräfte der Zukunft sehr schnell und flexibel auf sich unter Umständen sehr schnell wandelnde Formen konkreter Bedrohungen reagieren können müssen und dass damit die Schnittstellen zwischen innerer und äußerer Sicherheit neu definiert werden müssen. Landesverteidigung im klassischen Sinne, Verteidigung der Grenzen und damit Sicherheit für seine Bewohner, verliert an Bedeutung, während Landesverteidigung in direkter bzw. indirekter Weise den Charakter von Schutz der

²⁰ Hier bietet der KOSOVO Konflikt einige Beispiele der medialen Instrumentalisierung von Ereignissen zur eigenen Legitimation bzw. der gegnerischen Delegitimierung

Bevölkerung und kritischer Infrastruktur annehmen wird. Landesverteidigung wird somit Heimatschutz. Welche Rollen Militär, Polizei und andere Organisationen (THW, Verfassungsschutz, Zivilverteidigung) übernehmen sollen, wird zu bestimmen sein.

Die Streitkräfte der Zukunft müssen somit in der Lage sein, sich rasch auf neue Konfliktformen, neue Akteure, neue Aufgaben und die wachsende Geschwindigkeit technologischer Innovation einzustellen. Dies aber setzt einen Typus von Streitkräften voraus, der durch ein hohes Maß an Flexibilität, Lernfähigkeit und Professionalität gekennzeichnet ist sowie eine Führung, die willens ist, bestehende Strukturen und Konzepte im Sinne der Weiterentwicklung der Streitkräfte und als Beitrag zur Gestaltungsaufgabe der Sicherheitspolitik in Frage zu stellen.

Daher wird der Zwang zur Fortentwicklung der Streitkräfte zur lernenden Organisation mit implementiertem Wissensmanagement immer größer werden.

6. Zusammenfassung

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bestehen nicht in der Abwehr von Risiken und Gefahren, sondern in der Entwicklung einer gemeinsamen Weltordnung und der Bewältigung der neuen Formen des Krieges bzw. der organisierten Gewalt.

Die erste Herausforderung, die Entwicklung einer neuen Weltordnung, haben wir anhand der zivilisatorischen Entwicklung der Menschheit, der engen Verknüpfung dieser Entwicklung mit der Entwicklung von Streitkräften und den sicherheitsrelevanten zivilisatorischen Trends belegt. Die wesentlichen Trends der Bevölkerungsentwicklung, Umweltveränderungen, Globalisierung der Wirtschaft, Kohärenz der Politik, Zugang zu Information und Wissen und die wissenschaftlich-technische Entwicklung müssen zu einem Paradigma der kooperativen Weltordnung führen, in der die entwickeltsten Staaten dieser Welt sich ihrer Hauptverantwortung im zivilisatorischen Prozess stellen und Sicherheitspolitik als globale Gestaltungsaufgabe kooperativ wahrnehmen. Weltordnungsaufgaben und militärische Interventionen werden von keinem einzelnen Staat alleine erfolgreich durchgeführt werden können. Erfolgversprechend sind nur gemeinsame internationale (und national ressortübergreifende) Ordnungsstrukturen. Die Europäische Union müsste zu diesem Zweck die sicherheitspolitischen Instrumente entwickeln, die in einem ressortübergreifenden Sinne nachhaltige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungspolitik, Gewaltprävention und zivile Konfliktbewältigung ermöglichen.

Die zweite Herausforderung, Gewaltprävention und zivile Konfliktbewältigung, zielt auf die Kontrolle und Einhegung von „Kleinen Kriegen“ oder auch transnationalen Kriegen. Die „Kleinen Kriege“ unter Kontrolle zu bringen und damit einer steigenden Zahl von Menschen eine zivilgesellschaftliche Zukunft zu bieten, ist vielleicht die Herausforderung des 21. Jahrhunderts.

Aus diesen beiden Herausforderungen lassen sich folgende Konsequenzen für die Sicherheitspolitik ziehen:

- Sicherheitsrisiken sind interdependent;
- die Grenze zwischen Krieg und Frieden wird fließend;
- Sicherheitsvorsorge ist nicht mehr national wahrnehmbar;
- Sicherheitsvorsorge erfordert einen ressortübergreifenden Ansatz;
- Verwundbarkeit postmoderner Industriestaaten insbesondere gegenüber asymmetrischen Gewaltformen wächst;
- Sicherheitspolitik sollte daher als Gestaltungsaufgabe aufgefasst werden.

Aus diesen Veränderungen des sicherheitsrelevanten Umfeldes lassen sich für Streitkräfte folgende Konsequenzen ableiten:

Das Militär der zivilisierten Staaten wird als Teil einer umfassenden politischen Strategie zur Erhaltung und Stabilisierung einer wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch dynamischen Weltordnung beitragen müssen. Dazu gehört:

- erstens die Fähigkeit zur Aufrechterhaltung einer Weltordnung, die zivilisatorische Entwicklung erlaubt und
- zweitens die Fähigkeit zur Intervention gegen gewaltsame Konfliktbewältigungen, wenn sie die internationale Sicherheit gefährden.

Konzeptionell muss man sich einstellen auf:

- neue Konfliktakteure,
- neue Konfliktformen,
- die Geschwindigkeit technologischer Innovation und
- neue Aufgaben

Um den Veränderungen des sicherheitsrelevanten Umfeldes gerecht zu werden, benötigen wir einen Typus von Streitkräften, der durch ein hohes Maß an Flexibilität, Lernfähigkeit und Professionalität gekennzeichnet ist und eine Führung, die willens ist, bestehende Strukturen und Konzepte im Sinne der Weiterentwicklung der Streitkräfte und als Beitrag zur Gestaltungsaufgabe der Sicherheitspolitik in Frage zu stellen und sich dem Zwang zur Fortentwicklung der Streitkräfte zu lernenden Organisationen mit implementiertem Wissensmanagement zu stellen.

Die globalen, anstehenden Transformationen müssen als Chance begriffen werden, eine friedlichere und lebenswertere Zukunft zu gestalten.

Um es in einem alten chinesischen Sprichwort zusammenzufassen: „Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.“